

# Die Aufsteiger



Offenbach

Landkreis

Tirschenreuth

Leverkusen

Cottbus

Würzburg

**IW-Regionalranking.** Welche Regionen sind in Deutschland wirtschaftlich stark, welche haben Nachholbedarf – diesen Fragen geht die IW Consult regelmäßig in ihrem Regionalranking nach. Während an der Spitze weiterhin München und sein Umland dominieren, haben sich dahinter einige Regionen im vergangenen Jahrzehnt mit unterschiedlichen Strategien herausragend entwickelt. Im iwd-Interview erklärt Vanessa Hünemeyer, Senior Managerin der IW Consult, worauf es für eine erfolgreiche Regionalentwicklung generell ankommt. —> [Seiten 2-5](#)

## IW-Konjunkturprognose

Der Krieg im Iran macht dem erhofften Aufschwung in Deutschland einen Strich durch die Rechnung. Das IW rechnet für 2026 nur mit 0,4 Prozent Wachstum.

—> [Seiten 6-7](#)

## Wirtschaftspolitik

Der populistisch-autoritäre Regierungsstil Victor Orbans hat Ungarns Wirtschaft geschadet, wie ein IW-Vergleich mit anderen osteuropäischen EU-Staaten zeigt.

—> [Seiten 8-9](#)

# Auf Stärken aufbauen

**IW-Regionalranking.** München und Umgebung dominieren erneut das Regionalranking der IW Consult. Fernab der bayerischen Metropole entwickelten sich im Bundesgebiet diverse Städte und Kreise im vergangenen Jahrzehnt sehr gut – und das auf ganz unterschiedlichen Wegen.

An der Spitze alles beim Alten: Im Regionalranking der IW Consult hat sich der Landkreis München auch 2026 den ersten Platz im Niveauranking gesichert. Nachdem im vorherigen Ranking vor zwei Jahren neben Stadt und Landkreis München nur

zwei weitere Regionen aus dem Umland der bayerischen Landeshauptstadt in den Top 20 lagen, sind es 2026 wieder sechs. Die frühere Dominanz der Metropolregion München ist damit wiederhergestellt. Das zweiterfolgreichste Cluster in

Deutschland findet sich in Frankfurt am Main und dessen Umland. Die Stadt belegt deutschlandweit Rang vier, der Main-Taunus-Kreis und der Hochtaunuskreis folgen auf den Rängen sechs und sieben.

Besonders dynamisch entwickelt haben sich in den vergangenen beiden Jahren neben den strukturell starken Tirschenreuth und Düsseldorf mit den kreisfreien Städten Neumünster, Delmenhorst und Magdeburg auch im Niveau schwächere Regionen. An die Spitze des Dynamikrankings hat sich indes Cottbus gesetzt. Ausschlaggebend für den Schub in der Lausitz ist das Zusammenspiel zahlreicher Initiativen zur Gestaltung des Strukturwandels, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen und die Lebensqualität steigern.

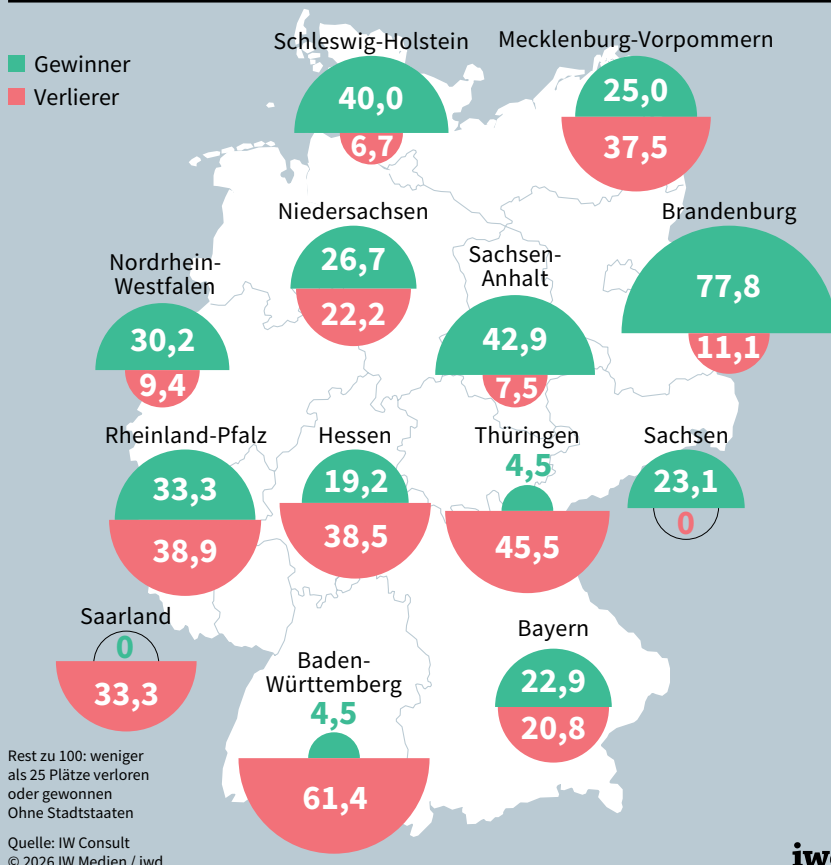
Da die Forscher der IW Consult das Niveauranking bereits seit dem Jahr 2016 in unveränderter Methodik erheben, können sie auch langfristige Vergleiche ziehen. So lassen sich beispielsweise die Entwicklungen auf Ebene der Bundesländer erkennen – mit einem großen Gewinner (Grafik):

**In Brandenburg haben sich knapp 78 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte im Niveauranking innerhalb von zehn Jahren um mindestens 25 Plätze verbessert.**

Große Verluste gab es dagegen – vor allem wegen der anhaltenden Krise in der Automobilindustrie – in

## Brandenburg holt auf, Baden-Württemberg verliert

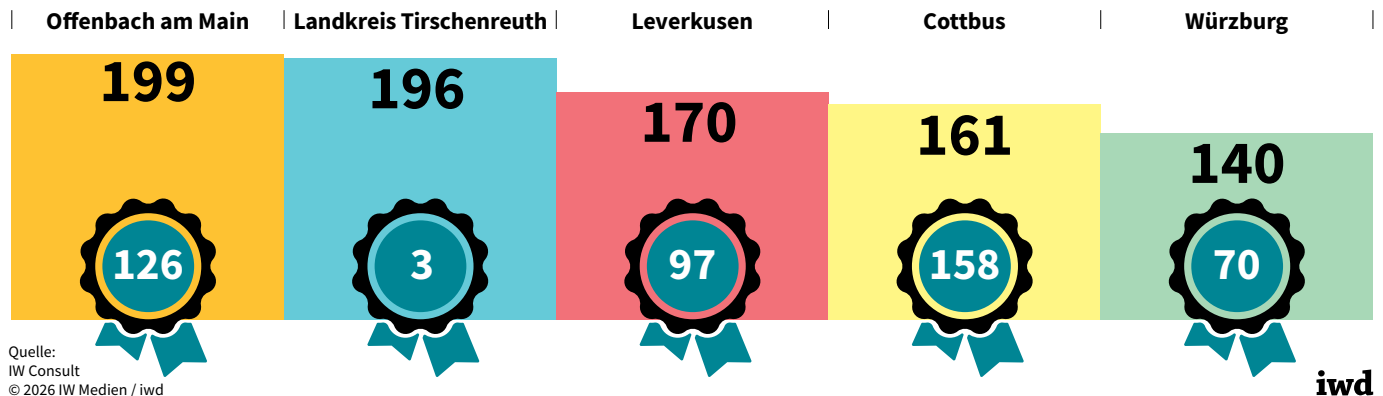
Im IW-Regionalranking werden die 400 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lebensqualität und Wirtschaftsstruktur anhand von 14 Indikatoren bewertet. So viel Prozent der Regionen in den jeweiligen Bundesländern haben von 2016 bis 2026 mindestens 25 Plätze im Ranking gewonnen beziehungsweise verloren.



## IW-Regionalranking: Die größten Gewinner

Diese Städte und Kreise konnten sich im IW-Regionalranking 2026 im Vergleich zu 2016 um so viele Plätze und am stärksten verbessern

■ Rang 2026



Baden-Württemberg. Dort verloren gut 61 Prozent der Regionen mindestens 25 Plätze in Ranking.

Der größte Gewinner auf Ebene der Regionen kommt aus Hessen (Grafik):

### Offenbach machte seit dem Regionalranking 2016 bis heute 199 Plätze gut.

Ebenfalls zu den großen Gewinnern gehören der Landkreis Tirschenreuth, Leverkusen, Cottbus und Würzburg. Die Gründe für den jeweiligen Aufschwung sind dabei unterschiedlich.

**Offenbach.** Frankfurt hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut entwickelt, davon profitiert auch das nur wenige Kilometer entfernte Offenbach. Allerdings verlässt sich die Stadt nicht einfach auf Umlenkungseffekte, sondern nutzt sie gezielt aus. Mit einer langjährigen Gründungsförderung, Standortkampagnen und einer Aufwertung der Innenstadt arbeitet Offenbach gezielt und ganzheitlich daran, ein moderner und attraktiver Standort zu sein.

**Tirschenreuth.** Der Landkreis knüpft seit Jahren an die eigene industrielle Tradition an und entwickelt sich gezielt weiter. So produziert die Schott AG dort spezialisierte

Glasprodukte für industrielle Anwendungen etwa in der Medizin- oder Automobiltechnik. Mit der Hamm AG, einem Hersteller von Straßenwalzen, wurde ein Weltmarktführer aufgebaut. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik flankieren die dortigen Kommunen und der Landkreis diese Entwicklung.

**Leverkusen.** Die Heimat der Bayer AG setzt auf bewusste Standortpolitik statt wie andere Regionen auf einen strukturellen Bruch mit neuer Ausrichtung. Die Verbesserung der Kostenstrukturen für Unternehmen, investorenfreundliche Rahmenbedingungen und der Ausbau wissensintensiver Dienstleistungen zeigen Wirkung.

**Cottbus.** Die Stadt im Süden von Brandenburg in der einstigen Braunkohleregion hat sich zum Wissensstandort gemausert. Eine zentrale Bedeutung hat dabei die technische Universität. Dazu richtet Cottbus seine Aktivitäten an ökologischen Leitthemen wie Wasserstoff, Elektrifizierung und erneuerbaren Energien aus und setzt auf Innovationen.

**Würzburg.** Die bayerische Großstadt hat in den vergangenen zehn Jahren einen geradezu lehrbuchhaften Wandel von einem

klassischen Verwaltungs- und Universitätsstandort zu einem hochdynamischen Hub für Technologie, Start-ups und attraktives Wohnen vollzogen. Ein wichtiger Baustein für die Entwicklung ist das KI-Forschungszentrum der Julius-Maximilians-Universität.

Die unterschiedlichen Pfade der dynamischsten Regionen der vergangenen Jahre zeigen, dass es nicht den einen perfekten Ansatz für alle in der Regionalentwicklung gibt. Dennoch finden sich einige Gemeinsamkeiten:

### Erfolgreiche Regionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihre vorhandenen Stärken identifizieren, gezielt weiterentwickeln und in ein konsistentes Gesamtkonzept integrieren.

Das Zusammenspiel einzelner Maßnahmen in einem funktionierenden Ökosystem ist entscheidend, um regional Fortschritte zu erzielen und sich zum attraktiven Standort zu entwickeln.

#### IW-Report 23/2026

Johannes Ewald, Vanessa Hünne Meyer, Hanno Kempermann: Zwischen Krisen und Chancen: Regionalentwicklung in Zeiten multipler Herausforderungen

**Interview.** In ihrem Regionalranking analysiert die IW Consult alle zwei Jahre die Lage in den Städten und Landkreisen in Deutschland. Senior Managerin **Vanessa Hünнемeyer** spricht im iwd über die Auf- und Absteiger sowie die Faktoren einer erfolgreichen Regionalentwicklung.

# „Regionalentwicklung ist ein Marathon“

## **Das IW-Regionalranking zeigt die Stärken und Schwächen der Städte und Landkreise in Deutschland. Wie kommt die Bewertung zustande?**

Mit dem Regionalranking möchten wir zeigen, warum manche Regionen wirtschaftlich erfolgreicher sind als andere. Dafür analysieren wir Faktoren, die einen entscheidenden Einfluss auf die Kaufkraft und die Arbeitslosigkeit vor Ort haben. Insgesamt fließen 14 unterschiedlich gewichtete Kriterien aus den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Lebensqualität in die Bewertung ein. Dazu gehören die durchschnittliche gemeindliche Steuerkraft, die Altersstruktur, die Beschäftigungsquote von Frauen, die Ärztedichte oder die Wanderungsbewegungen von Menschen und Unternehmen.

## **Welche Region hat Sie im aktuellen Ranking beeindruckt?**

Besonders spannend finde ich den Landkreis Tirschenreuth in der Oberpfalz. Die Region hält sich seit geraumer Zeit im Ranking weit vorne – das ist bemerkenswert, weil Tirschenreuth keine klassische Metropolregion ist, sondern eher ländlich geprägt. Der Landkreis profitierte vor einigen Jahren vom Börsengang des dort ansässigen Unternehmens Siemens Healthineers. Den dadurch entstandenen finanziellen Boost hat die Region offenbar sehr gut genutzt. Entscheidend war, dass sie die

positive Entwicklung langfristig halten konnte. Damit ist Tirschenreuth ein Paradebeispiel dafür, dass ländliche Regionen in Deutschland nicht generell abgehängt sind. Der Landkreis hat es geschafft, sich industriell weiterzuentwickeln und dadurch regionale Stärke zu zeigen.

## **Gibt es umgekehrt Regionen, bei denen es schlecht läuft?**

Auf den hinteren Plätzen des Rankings stehen weiterhin viele Städte aus dem Ruhrgebiet. Das ist schade, schließlich hat die Region als dicht besiedelter Wirtschaftsraum mit vielen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und einer guten Infrastruktur einiges als Wohn-, Arbeits- und Unternehmensstandort zu bieten.

Leider sind die sozialen Probleme dort weiterhin groß, Städte wie Gelsenkirchen oder Duisburg kämpfen seit Jahren mit den Folgen des Strukturwandels. Das schlägt sich im Ranking nieder. Hinzu kommen die Altschulden vieler Kommunen, die den Handlungsspielraum massiv einschränken. Wenn sie kaum Geld ausgeben können, wird es natürlich schwer, soziale Probleme zu lösen oder wirtschaftliche Impulse zu setzen.

## **Wie kann es dort bergauf gehen?**

Die Städte machen schon vieles richtig. Sie investieren in Hochschulen, in Innovationen und in neue Zukunftsfelder. In Essen entstehen beispielsweise attraktive Gewerbe-, Industrie- und Wohnflächen. Bochum stellt



sich gerade im Bereich der Cybersecurity stark auf. Und beim Thema Wasserstoff ist das Ruhrgebiet generell vorne mit dabei. Aber erfolgreiche Regionalentwicklung braucht Zeit – sie ist ein Marathon, kein Sprint. Regionen, die jahrzehntelang stark von der Industrie geprägt waren, können sich nicht innerhalb weniger Jahre vollständig neu erfinden. Da hilft nur ein langer Atem.

**Die Region München hat nach einem kleinen Durchhänger im vergangenen Ranking ihre Dominanz wiederhergestellt. Was war dafür ausschlaggebend?**

Vor zwei Jahren sah man dort noch die Nachwirkungen der Coronapandemie und der Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Mittlerweile hat sich die Situation stabilisiert. Viele Unternehmen haben sich angepasst, ihre Prozesse verändert und stärker in erneuerbare Energien investiert, um weniger von Öl- und Gaslieferungen abhängig zu sein.

**Im aktuellen Regionalranking stellt die IW Consult erstmals einen Langzeitvergleich über zehn Jahre an. Besonders positiv fällt dabei Brandenburg auf – warum haben dort so viele Kreise große Fortschritte gemacht?**

Zum einen hängt das mit der Nähe zu Berlin zusammen. Die Hauptstadtregion hat sich wirtschaftlich in den vergangenen 25 Jahren insgesamt sehr dynamisch entwickelt und ihre Wirtschaftskraft mehr als verdoppelt.

Das strahlt auch auf Brandenburg aus. Entscheidend ist aber, dass Brandenburg zunehmend eigene Wachstumsimpulse entwickelt. Dazu gehören Forschungs- und Innovationszentren wie das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam oder neue Industrieansiedlungen in verschiedenen Landkreisen.

**Dagegen hat Baden-Württemberg in der langen Frist deutlich nachgelassen. Woran liegt das?**

Lange Zeit war der Süden – also Bayern und Baden-Württemberg gemeinsam – in unserem Ranking sehr stark. Mittlerweile sollte eher vom starken Bayern die Rede sein – während 2016 noch 30 Regionen in Baden-Württemberg in den Top 100 des Rankings vertreten waren, sind es dieses Mal nur noch 19.

Der wesentliche Grund für die unterschiedliche Entwicklung dürfte sein, dass die Abhängigkeit von der kriselnden Automobilindustrie in Baden-Württemberg viel stärker ausgeprägt ist. Bayern ist diversifizierter aufgestellt, dort spielen auch Medizintechnik, Luft- und Raumfahrt oder andere Hightech-Branchen eine große Rolle.

**Ganz generell: Was braucht es aus Ihrer Sicht für gute regionale Entwicklung?**

Erfolgreiche Regionalentwicklung passiert grundsätzlich auf mehreren Ebenen. Kommunen können sich besser entwickeln, wenn es auch auf Kreisebene eine übergeordnete Strategie gibt. Wichtig ist also, dass Regionen stärker gemeinsam denken. In unserem Langzeitvergleich sehen wir, dass die erfolgreichen Regionen gut darin sind, Ökosysteme zu entwickeln – also verschiedene Maßnahmen umzusetzen, die ineinandergreifen.

Es bringt wenig, wenn jede Kommune ihr eigenes Süppchen kocht und isoliert versucht, ihre eigenen Projekte voranzutreiben. Erfolgreiche Regionen bündeln ihre Stärken, verfolgen über alle Städte und Landkreise hinweg eine einheitliche Strategie und entwickeln gemeinsame Perspektiven.

Deshalb ist es wichtig, größer zu denken und zu planen. Das sieht man zum Beispiel an den Konstrukten der Metropolregionen in Deutschland oder an Zusammenschlüssen wie der Impulsregion Erfurt, Weimar, Jena, Weimarer Land. Der Staat kann solche Prozesse begleiten – etwa durch Förderprogramme, die strategische Entwicklungskonzepte unterstützen. Die Mittel sind zwar begrenzt, aber einzelne Modellregionen zeigen, dass sich dadurch positive Entwicklungen anstoßen lassen.



# Im Dauerkrisenmodus

**IW-Konjunkturprognose.** Die Auswirkungen des Irankriegs bekommt auch die deutsche Wirtschaft zu spüren. Infolgedessen senkt das IW seine Wachstumsprognose für das laufende Jahr deutlich. Um die Unternehmen im Land zu unterstützen, sollte die Bundesregierung jetzt Reformen für bessere Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbedingungen anstreben.

Nichts wird's mit der Erholung. Nachdem zum Ende des vergangenen Jahres die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft für 2026 durchaus positiv waren und sich die optimistischen Stimmen aus den Betrieben in der IW-Verbandsumfrage mehrten, macht der Irankrieg dem erhofften Aufschwung einen Strich durch die Rechnung.

Der Konflikt zwischen den USA und Israel auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite wirkt weit über die Region hinaus.

So ist der Seeweg durch die Straße von Hormus seit Wochen dicht. Dadurch fehlen große Mengen fossiler Energien auf dem Weltmarkt, die normalerweise mit Frachtern durch die Meerenge transportiert werden. Zur Einordnung: 15 Prozent des durchschnittlichen Angebots an Rohöl muss die Straße von Hormus passieren, bei Flüssiggas (LNG) liegt der Anteil sogar bei 25 Prozent. Infolgedessen sind die Energiepreise stark gestiegen. Das hat massive Auswirkungen auf Deutschland, entsprechend schlecht sind die konjunkturellen Aussichten (Grafik):

**Das IW senkt seine Wachstumsprognose für 2026 von 0,9 auf 0,4 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP).**

Dass die Wirtschaft überhaupt noch ein Plus für das laufende Jahr verzeichnet, liegt am Staat, denn die öffentlichen Konsumausgaben und Verteidigungsinvestitionen stützen die Nachfrage (Grafik Seite 7). Das hat allerdings seinen Preis: Die Neuverschuldung steigt für 2026 auf 156 Milliarden Euro, die Staatsquote auf mehr als 51 Prozent.

Der Krieg im Iran ist nur die aktuelle einer ganzen Reihe von Krisen, mit denen die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren zurechtkommen musste – Stichworte: Coronapandemie und Ukrainekrieg. Parallel bleibt die erratische Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump eine dauerhafte Gefahr für das deutsche Exportmodell. Unter alldem leiden hierzulande nahezu alle Wirtschaftsbereiche. Die Ergebnisse der IW-Prognose im Einzelnen:

**Außenhandel.** Die deutschen Exporte sinken 2026 um 0,3 Prozent – und damit das vierte Jahr in Folge. Das

## IW-Prognose für Deutschland 2026

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
<b>Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Erwerbstätige	0,1	0,0	-0,4
Arbeitslosenquote	6,0	6,3	6,4
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	0,1
Produktivität	-0,3	0,4	0,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,4
<b>Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts</b>			
Private Konsumausgaben	0,5	1,6	0,0
Konsumausgaben des Staates	2,6	1,3	1,8
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,2	1,2
– Ausrüstungen	-5,4	-1,9	0,2
– Sonstige Anlagen	0,2	3,8	3,0
– Bauten	-3,4	-0,6	1,0
Inlandsnachfrage	0,2	1,8	0,7
Export	-2,1	-0,4	-0,3
Import	-0,6	3,6	0,4
<b>Preisentwicklung</b>			
Verbraucherpreise	2,2	2,2	3,0
<b>Staatshaushalt</b>			
Finanzierungssaldo	-2,7	-2,7	-3,4

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;  
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;  
Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

Auslandsgeschäft koppelt sich weiter vom Welthandel ab, der um 1,7 Prozent zulegt. Die globale Nachfrage verschiebt sich zunehmend weg vom deutschen Produktionsportfolio, die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen sinkt, Firmen verlagern ihre Produktion ins Ausland.

**Investitionen.** Das IW halbiert seine Prognose für die Anlageinvestitionen nahezu von 2,2 auf 1,2 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen, etwa für Maschinen oder Nutzfahrzeuge, lagen schon 2025 um 11 Prozent unter dem Niveau von 2019. Nur jedes fünfte Unternehmen plant höhere Ausgaben, doppelt so viele wollen kürzen.

**Konsum.** Der private Konsum kommt 2026 nicht vom Fleck. Noch im Dezember rechnete das IW mit einem Plus von 1 Prozent. Dass die Konsumausgaben der Haushalte nun doch stagnieren, liegt an den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen – sie treiben die Inflation auf gut 3 Prozent und entziehen den Haushalten Kaufkraft. Viele Bürger halten ihr Geld deswegen momentan zusammen.

**Arbeitsmarkt.** Die schlechte Konjunktur setzt sich auf dem Arbeitsmarkt fort. Die Arbeitslosigkeit steigt auf gut drei Millionen Menschen, die Arbeitslosenquote auf 6,4 Prozent. Die Erwerbstätigkeit sinkt um 190.000 Personen. Selbst wenn der Irankrieg zeitnah endet, bleibt die Unsicherheit in der Golfregion weiter bestehen. Deutschland muss mit seiner Wirtschaftspolitik deshalb auf die veränderte Situation reagieren.

**Verteilungsinstrumente oder Preissteuerung wie zuletzt mit dem Tankrabatt sind dabei nicht der richtige Ansatz.**

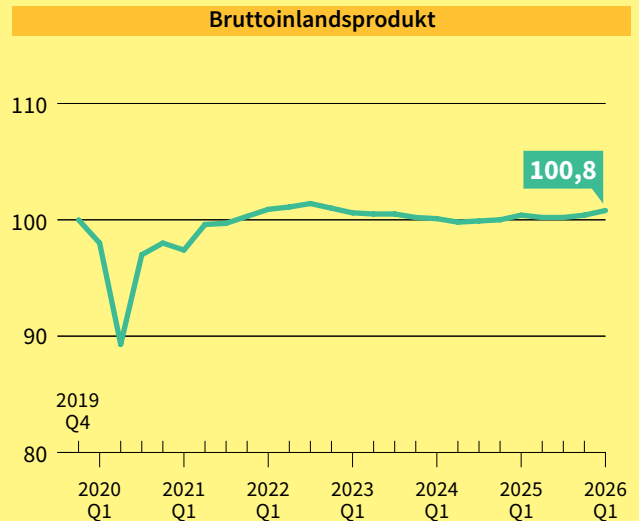
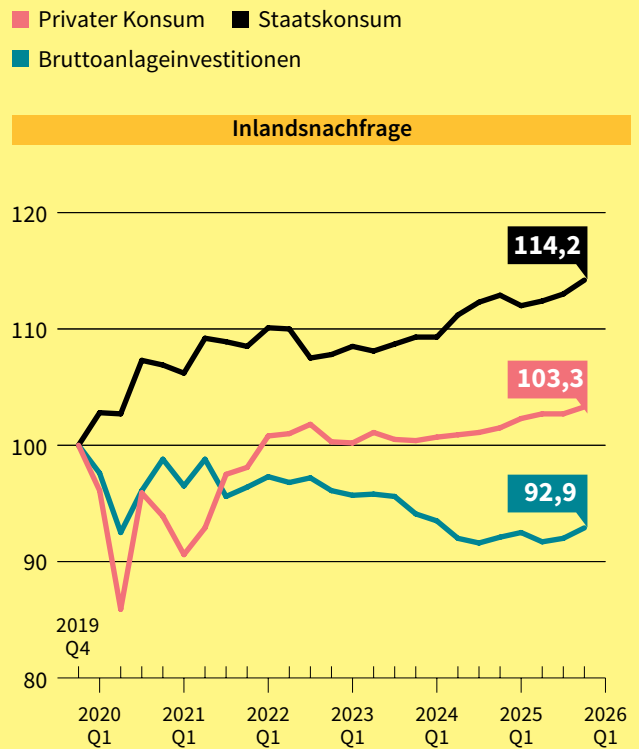
Solche Maßnahmen können sogar kontraproduktiv sein, wenn durch die fehlende reale Abbildung des Marktes entsprechende Reaktionen ausbleiben – die privaten Haushalte in der derzeitigen Situation also weniger Energie sparen, als sie könnten.

Die Regierung sollte die eigene Wirtschaft vielmehr mit strukturellen Verbesserungen resilienter gegen geopolitische Schocks machen. Zunächst gilt es, kritische Lieferketten für Energie zu diversifizieren und den Ausbau erneuerbarer Energien effizient voranzutreiben.

Zusätzlich sollte die Landesführung die Investitionstätigkeit und das Verbrauchervertrauen in den Blick nehmen. Dabei gilt es zum einen, die Sozialversicherungsbeiträge zu stabilisieren, zum anderen sollten niedrigere Steuern Priorität haben. Eine solche Steuerreform muss dabei – wie bei früheren Reformen auch – vorfinanziert sein, um Investitionen und den privaten Konsum anzukurbeln. Bürokratische Lasten für die Unternehmen abzubauen, ist ein weiterer wichtiger Schritt für eine wirtschaftliche Verbesserung.

**Deutschland tritt konjunkturell auf der Stelle**

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd



**IW-Report 20/2026**

Hubertus Bardt et al.: Deutsche Konjunktur in instabiler Seitenlage – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026

# Teurer Populismus

**Wirtschaftspolitik.** 16 Jahre lang leitete Victor Orban als Ministerpräsident mit seiner Partei Fidesz die Geschicke in Ungarn, bis sie bei den Parlamentswahlen im April klar abgewählt wurden. Sein populistisch-autoritärer Regierungsstil hat das Land geprägt – und für die ungarische Wirtschaft langfristig negative Folgen.

In der Politik hat sich der Populismus – egal, ob im rechten oder linken Spektrum – bereits im vergangenen Jahrhundert etabliert. Etliche Regierungen führten oder führen mit einem solchen Stil ihr Land. Dieser ist geprägt davon, dass kurzfristige politische Antworten gegenüber langfristiger institutioneller Stabilität

im Vordergrund stehen. Dabei werden auch demokratische Kontrollmechanismen unterlaufen. Dazu gehören das Beschneiden der Justiz, eine „Renationalisierung“ der Wirtschaft und der Umbau oder die Delegitimation unabhängiger Medien.

Die Folgen dieses Politikstils können für die Wirtschaft eines

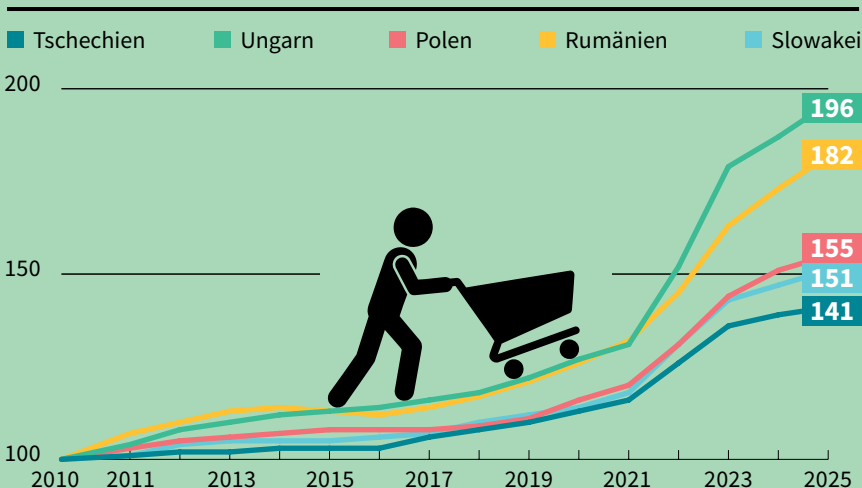
Staates massiv ausfallen: So zeigt eine umfangreiche Auswertung von populistischen Regierungsphasen in mehr als 60 Ländern, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nach 15 Jahren im Schnitt 10 Prozent niedriger liegt als unter einer vergleichbaren nicht-populistischen Regierung.

Das IW ist nun der Frage nachgegangen, ob sich ein solcher Befund auch für Ungarn nachweisen lässt. Dazu schauten sich die Forscher zum einen die Entwicklung im Land selbst an. Zum anderen dienten die strukturell ähnlichen osteuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Rumänien als Vergleichsgrößen.

Ungarn galt trotz populistischer Regierung für viele lange als Volkswirtschaft mit bemerkenswertem Aufschwung. Dieses Bild ist durch ein Zusammenspiel zweier Faktoren entstanden. So gelang es der Regierung lange, politische Stabilität, Konsum und Investitionen durch eine aktive Rolle des Staates zu stützen. Nötig für dieses Modell waren externe und temporäre Stützen. Konkret: stark subventio-

## Preise in Ungarn stark gestiegen

Kerninflation, 2010 = 100



Kerninflation: Harmonisierter Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak

Quelle: Weltbank  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

nierte ausländische Direktinvestitionen, umfangreiche EU-Mittel und günstige Finanzierungsbedingungen. Dadurch wurden die strukturellen Defizite Ungarns über viele Jahre kaschiert.

Pandemie, Inflation und das Einfrieren erheblicher EU-Mittel haben die Schwächen des Systems Orban allerdings sichtbar gemacht. Das schlägt sich auch in Zahlen nieder:

**Aus der Vergleichsgruppe hat nur Rumänien seit der Coronapandemie ein höheres jährliches Staatsdefizit als Ungarn.**

Und auch die Finanzierungskosten sind deutlich gestiegen. So liegen die Zinssätze für Unternehmenskredite in Ungarn derzeit immer noch bei knapp 8,5 Prozent und damit deutlich über jenen in Polen und Tschechien.

Eine weitere Belastung für die ungarische Wirtschaft sind die hohen Lohnstückkosten (Grafik):

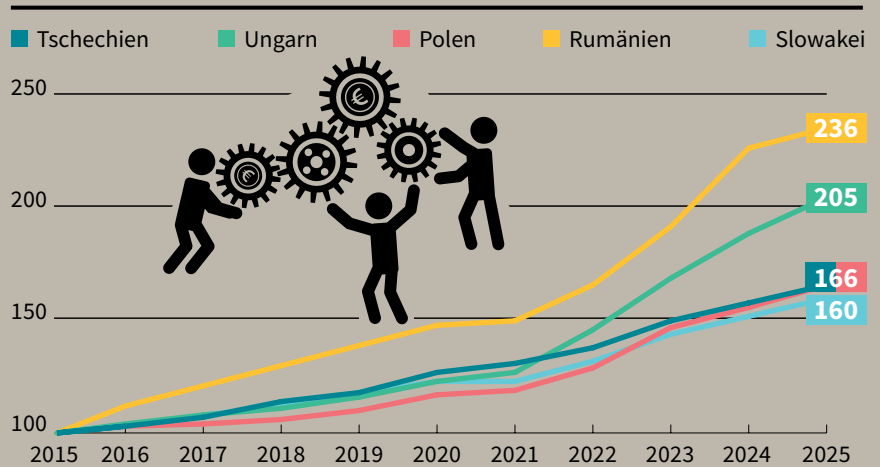
**Die nominalen Lohnstückkosten sind in Ungarn von 2015 bis 2025 um 105 Prozent gestiegen. Sie lagen zuletzt klar über den Lohnkosten von Tschechien, Polen und der Slowakei.**

Dazu kommen Faktoren von außen. Wie alle Länder in der Region und in ganz Europa hatte Ungarn nach Beginn des Ukrainekriegs mit einer massiven Inflation zu kämpfen. Der Anstieg war hier allerdings besonders steil, sodass die Teuerungsrate 2022 bereits die Marke von 15 Prozent und im Jahr darauf von 17 Prozent erreichte.

Dass sich die Preissteigerungen nicht allein durch externe Schocks erklären lassen, zeigt ein Blick auf die Kerninflation. Dafür werden aus den Verbraucherpreisen die Kosten für Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak herausgerechnet. Tut man dies für alle Länder der Vergleichsgruppe, zeigt sich (Grafik Seite 8):

## Ungarn: Arbeit deutlich teurer

Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten in diesen Ländern, 2015 = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität;  
Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Quelle: Eurostat  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

**Die Kerninflation in Ungarn ist seit 2021 stärker gestiegen als in den anderen Ländern der Region.**

Die Hauptursache dafür ist im ungarischen Binnenmarkt zu finden. Er ist durch stärkere Regulierung, politische Einflussnahme und weniger Wettbewerb als in anderen EU-Ländern geprägt.

Ein Beispiel aus dem Bausektor: Vieles deutet in Ungarn auf eine enge Verflechtung zwischen staatlichen Auftraggebern und politisch verbundenen Unternehmen hin. Zudem profitieren bei staatlichen Ausschreibungen ungarische Firmen von regulatorischen Ausnahmen und beschleunigten Genehmigungsverfahren. Der Wettbewerb ist dadurch eingeschränkt und bestimmt nicht mehr primär den Preis. Dieser ist vielmehr eine Folge der institutionellen Strukturen. Wenig überraschend ist daher, dass öffentliche Großprojekte in Ungarn zuletzt überdurchschnittlich teuer waren. Ebenso schlugen die gestiegenen Erzeuger- und Produzentenpreise stärker auf die Verbraucherpreise im Einzelhandel durch.

In der Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit können die Vergleichsländer gegenüber Ungarn ein stabileres Wachstum, geringere Inflationsraten und niedrigere Finanzierungskosten vorweisen. Die wirtschaftlichen Folgen von 16 Jahren populistischer Führung sind klar zu erkennen. Für die neue politische Führung um Ministerpräsident Péter Magyar wird es eine große Aufgabe, Ungarn wieder auf einen ökonomisch stabileren Pfad zu führen. Erschwert wird das Ganze durch die in den vergangenen Jahren stark vorangetriebene Verflechtung von Wirtschaft und (Staats-)Politik durch die Regierung Orban.

### IW-Report 15/2026

Alexander Radunz: Ökonomische Folgen autoritären Regierens am Beispiel Ungarn

# Mitnehmen statt einfach machen

**Klimaschutz.** Knapp die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland geht davon aus, dass sich ihr Unternehmen in den kommenden Jahren aufgrund der von Deutschland angestrebten Klimaneutralität stark verändern wird. Ein gut gestalteter Transformationsprozess kann die Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutz in den Betrieben fördern, zeigen bisherige Erfahrungen.

Es sind keine 20 Jahre mehr, bis die Wirtschaft in Deutschland klimaneutral sein muss. Konkret bedeutet dies, dass bis 2045 sämtliche Prozesse und Produkte in den heimischen Unternehmen unterm Strich ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen ablaufen beziehungsweise hergestellt sein müssen. Der ökologische Wandel verändert somit

zwangsläufig die Arbeitswelt: weil in der Autoproduktion alternative Antriebe statt Verbrenner zum Einsatz kommen, weil Stahl mithilfe von grünem Wasserstoff statt mit fossilen Energien produziert wird, weil unvermeidbares CO<sub>2</sub>, das in den Unternehmen auch nach 2045 noch anfällt, gespeichert oder in anderen Produkten dauerhaft verarbeitet werden muss.

Das Gros der Mitarbeiter in Deutschland findet, dass das eigene Unternehmen für dieses Mammutprojekt vorbereitet ist, wie die IW-Beschäftigtenbefragung zeigt (Grafik):

**70 Prozent der Beschäftigten geben an, dass ihr Betrieb in Sachen Umwelt- und Klimaschutz gut aufgestellt sei.**

Dies gilt vor allem dann, wenn sie beobachtet haben, dass ihr Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren den betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz vorangetrieben hat. Solch ein Engagement registriert fast jeder zweite Beschäftigte.

Obwohl die Unternehmen also aus Mitarbeitersicht bereits emsig an der Transformation hin zur Klimaneutralität arbeiten, gehen gleichwohl gut vier von zehn Befragten davon aus, dass das eigene Unternehmen in den kommenden fünf bis zehn Jahren aufgrund von Umwelt- und Klimaschutzaufgaben unter starken Veränderungsdruck gerät.

Beschäftigte aus Branchen mit hoher Energieintensität – dazu zählen die Industrie, der Bergbau, die Energie-/Wasserversorgung und -entsorgung sowie das Baugewerbe und die Land- und Forstwirtschaft – sehen sich besonders betroffen. Nur jeder Neunte ist der Überzeu-

## Klimaschutz: Die Einschätzung der Beschäftigten

So viel Prozent der Beschäftigten sagen, dass ihr Unternehmen ...

... gut aufgestellt ist in Sachen Umwelt- und Klimaschutz.

70

... ein gewachsenes Engagement in den vergangenen beiden Jahren im Umwelt- und Klimaschutz gezeigt hat.

46

... sich aufgrund der politischen und gesetzlichen Auflagen zum Umwelt- und Klimaschutz in den nächsten fünf bis zehn Jahren (eher) stark verändern wird.

42

Befragung von 3.984 bis 4.168 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung im April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

gung, dass Umwelt- und Klimaschutzauflagen zu keinen Veränderungen im eigenen Unternehmen führen werden.

Und wie nehmen Unternehmen ihre Beschäftigten bei betrieblichen Umstellungen aufgrund des ökologischen Wandels am besten mit? Kurz gesagt: indem sie sie einbinden. Wenn Beschäftigte positive Reorganisationserfahrungen machen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie auf die Herausforderungen, die gesetzliche Umwelt- und Klimaschutzauflagen mit sich bringen, positiv schauen. Der Blick auf bereits erfolgte Umstrukturierungen zeigt, dass viele Beschäftigte tatsächlich positive Erfahrungen in der Vergangenheit gemacht haben (Grafik):

**Drei Viertel der Betroffenen haben die Notwendigkeit der Reorganisation verstanden, zwei Dritteln war auch das Ziel klar, das die Geschäftsleitung mit den eingeschlagenen Maßnahmen verfolgte.**

Nur jeder Achte hatte die Sorge, dass im Zuge der Umstrukturierung der eigene Arbeitsplatz zur Disposition stand.

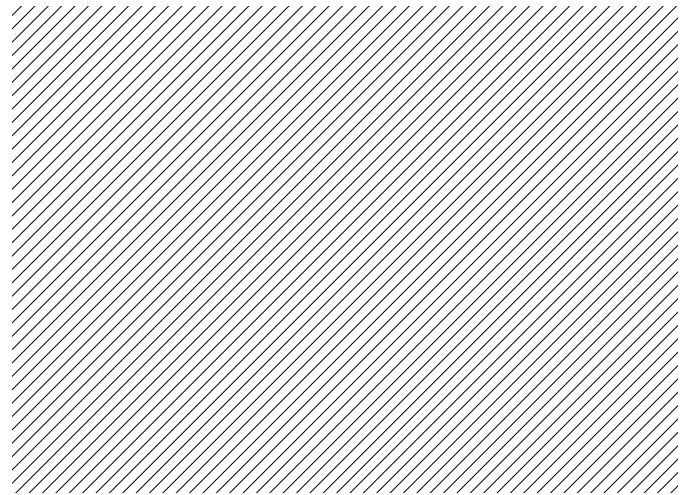
Wo Unternehmen sich stärker in Sachen Umwelt- und Klimaschutz engagiert haben, berichten die Beschäftigten auch häufiger, dass sich ihr Arbeitsumfeld verbessert hat:

- Die Beschäftigten konnten bei ihrer Arbeit eigene Ideen einbringen.
- Die Beschäftigten haben mehr Entscheidungsspielräume erhalten.
- Die Beschäftigten berichten, dass sie am Arbeitsplatz mehr Möglichkeiten hatten, zu lernen.

Alle drei Merkmale gehen mit einer höheren Arbeitszufriedenheit, einem größeren Engagement und einem höheren Wohlbefinden einher. Dies mag erklären, dass steigende Kompetenzanforderungen auch eher begrüßt werden.

Mit stärkerem Engagement in Sachen Umwelt- und Klimaschutz scheint auch die Zahl der Aufgaben zuzunehmen, die die Beschäftigten gleichzeitig ausüben. Dies löst aber bei den Betroffenen nicht immer Begeisterung aus, wie ein Blick auf die Arbeitszufriedenheit zeigt.

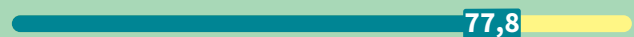
Unternehmen, die ihre Beschäftigten in die ökologischen Transformationsprozesse ihres Betriebs aktiv einbinden, dafür notwendiges Know-how vermitteln und sie mitentscheiden lassen, fördern so die Akzeptanz von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.



**Betriebliche Reorganisation: Beschäftigte machen überwiegend gute Erfahrungen**

So viel Prozent der Beschäftigten, die in den vorangegangenen 24 Monaten eine wesentliche Umstrukturierung im eigenen Arbeitsumfeld erlebt haben, stimmen diesen Aussagen zu

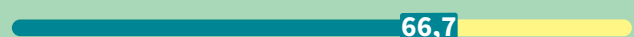
Ich musste mir keine Sorgen um meinen Arbeitsplatz machen.



Ich habe verstanden, warum eine Veränderung notwendig war.



Ich hatte das Gefühl, dass die Geschäftsführung ein klares Ziel verfolgte.



Aus meiner Sicht wurde auf meine bisherigen Leistungen und Erfahrungen Rücksicht genommen.



Ich bin durch Weiterbildungsmaßnahmen gut unterstützt worden.



Ich konnte meine Ideen mit einbringen.



Befragung von 1.642 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Reorganisationserfahrung im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung im April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

# Wer sind die Neuen?

**Integration.** Im Jahr 2024 haben sich so viele Menschen in Deutschland einbürgern lassen wie noch nie. Das IW hat nun untersucht, aus welchen Herkunftsländern sie stammen und wie gut sie in den heimischen Arbeitsmarkt integriert sind.

Rund 290.000 Menschen haben sich in Deutschland im Jahr 2024 einbürgern lassen. Das ist ein neuer Höchststand (Grafik Seite 13). Eine Ursache für diesen Einbürgerungs-

boom dürfte sein, dass der deutsche Staat seit 2024 allen einbürgerungswilligen Personen die doppelte Staatsbürgerschaft gewährt. Dies hat viele Ausländer aus Herkunftslän-

dern, für die das zuvor nicht möglich war, dazu bewogen, den deutschen Pass zu beantragen. Das betraf vor allem Türken, Albaner, Kosovaren, Bosnier, Montenegriner, Nordmazedonier und Serben. Die größte Gruppe der Neu-Bürger kam allerdings aus einem anderen Staat (Grafik):

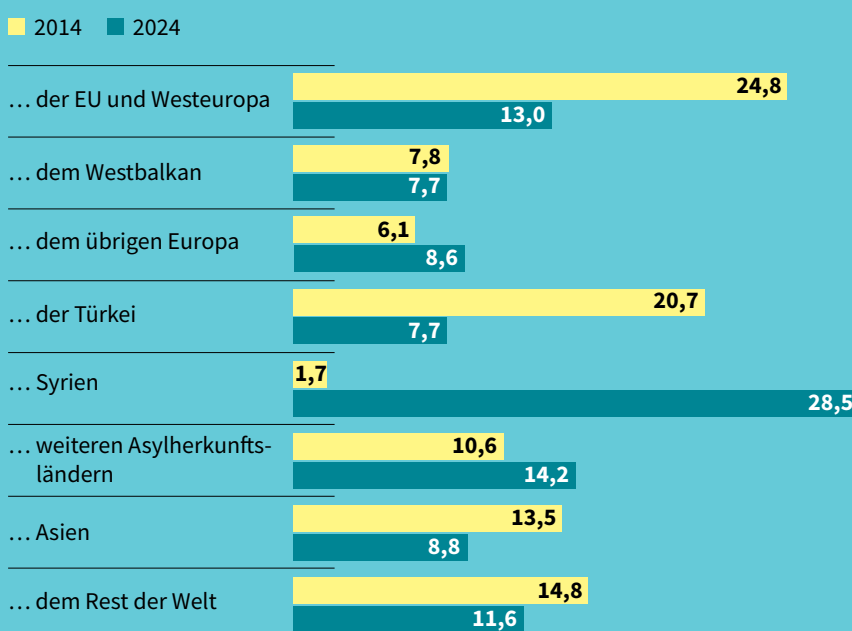
**Annähernd 29 Prozent derjenigen, die sich 2024 in Deutschland einbürgern ließen, hatten die syrische Staatsangehörigkeit.**

Im Jahr zuvor machten Syrer mit knapp 38 Prozent ebenfalls die größte Gruppe unter den Eingebürgerten aus. Dass der Anteil der Syrer zwischen 2023 und 2024 geschrumpft ist, liegt daran, dass sie bereits zuvor die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten konnten und ein etwaiger Nachholeffekt für sie gar nicht bestand.

Was zeichnet die Menschen, die sich einbürgern lassen, aus? Um diese Frage zu beantworten, hat das IW die Daten des Mikrozensus 2022 ausgewertet: Demnach lebten im Jahr 2022 fast 2,7 Millionen Eingebürgerte in der Bundesrepublik, was 3,3 Prozent der Bevölkerung ent-

## Die Herkunft der Eingebürgerten

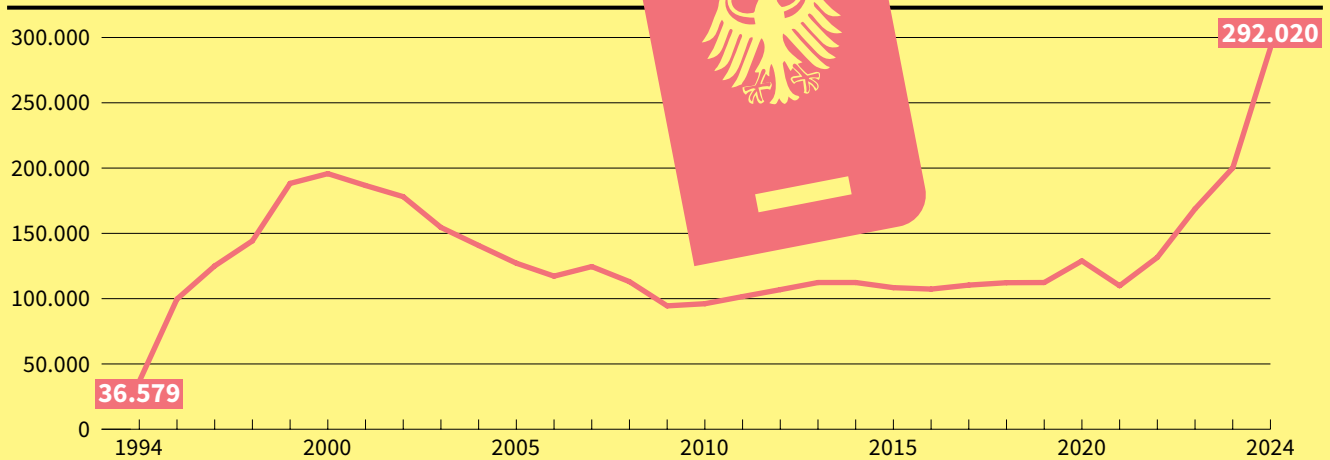
So viel Prozent der in Deutschland eingebürgerten Personen kamen aus ...



Übriges Europa: Moldawien, Russland, Ukraine, Weißrussland  
 Weitere Asylherkunftsländer: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia  
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2026 IW Medien / iwd

## Einbürgerungen: Ein Auf und Ab

in Deutschland



Einbürgerungen: ohne Einbürgerungen von Spätaussiedlern

Quellen: Bundesverwaltungsamt, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

sprach. Zehn Jahre zuvor waren es erst 2,3 Millionen Menschen beziehungsweise 2,8 Prozent der Bevölkerung.

Viele der Eingebürgerten verfügen erst seit vergleichsweise kurzer Zeit über die deutsche Staatsangehörigkeit: Im Jahr 2022 lag die Einbürgerung bei knapp 33 Prozent der Eingebürgerten nur maximal zehn Jahre zurück. Zudem war im Jahr 2022 mit einem Anteil von annähernd 76 Prozent die große Mehrheit der eingebürgerten Personen zwischen 25 und 64 Jahren alt, also im typischen Erwerbssalter. Und tatsächlich arbeiteten die meisten von ihnen auch:

**Von den gut zwei Millionen Eingebürgerten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren waren 2022 rund 1,7 Millionen erwerbstätig.**

Umgerechnet entspricht dies einem Anteil von 4,2 Prozent an allen Erwerbstätigen. Gleichzeitig gibt es aber auch eingebürgerte Personen in dieser Altersgruppe, die Schwierigkeiten haben, einen Job zu finden und deshalb auf Bürgergeld oder Sozialhilfe angewiesen sind. Ihr Anteil an allen Beziehern staatlicher

Grundsicherungsleistungen lag 2022 bei 5,3 Prozent.

Vergleicht man die Gruppe der Eingebürgerten und die der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – jeweils im Alter von 25 bis 64 Jahren und eingereist zwischen 2002 und 2016 –, zeigt sich, dass unter den Eingebürgerten der Anteil der Erwerbstätigen mit rund 80 Prozent deutlich höher liegt als unter den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit 72 Prozent. Beim Anteil der als Fachkraft tätigen Personen an den Erwerbstätigen ist der Abstand mit 87 Prozent gegenüber gut 73 Prozent sogar noch wesentlich größer. Auch beziehen eingebürgerte Personen seltener staatliche Transferleistungen als zugewanderte Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Dass Eingebürgerte im Erwerbssalter im Schnitt häufiger arbeiten als gleichaltrige Zugewanderte ohne deutschen Pass, dürfte nicht zuletzt an einer wichtigen Grundvoraussetzung für die Einbürgerung selbst liegen:

Schließlich ist neben ausreichenden Kenntnissen der deutschen

Sprache eine weitere Bedingung, dass der Antragsteller einen gesicherten Lebensunterhalt nachweisen kann, der den Bezug staatlicher Transferleistungen ausdrücklich ausschließt.

Ob sich Zuwanderer einbürgern lassen, hängt stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab wie dem Bildungsstand, dem Migrationskontext, dem Alter und dem Geschlecht. So waren 19 Prozent der zwischen den Jahren 2002 und 2016 ins Land gekommenen Akademiker im Alter von 25 bis 64 Jahren im Jahr 2022 bereits eingebürgert, aber lediglich 7 Prozent der Zuwanderer ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Auch wer nach Deutschland zur Ausbildung einwandert, ist prädestiniert dafür, später die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen.

### Aus IW-Trends 1/2026

Wido Geis-Thöne: Wer lässt sich in Deutschland einbürgern? Eine Analyse auf Basis des Mikrozensus 2022

# Zukunft durch Zuwanderung

**Arbeitsmarkt.** *Ohne Fachkräfte aus dem Ausland wird das Arbeitskräfteangebot in Deutschland weiter abnehmen. Das gilt auch für Berufe, in denen ein Hochschulabschluss nötig ist – schon heute sind unter den Hochqualifizierten hierzulande viele Zuwanderer. Besonders groß ist ihr Anteil in den Stadtstaaten.*

Der Befund ist schon lange klar: Deutschland ist aufgrund des demografischen Wandels auf den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland angewiesen. Schon jetzt haben rund 17 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine deutsche Staatsbürgerschaft. Sie sind damit ein wichtiger Bestandteil der hiesigen Wirtschaft und leisten mit ihrer Arbeitskraft einen großen Beitrag zur Wertschöpfung – einen Beitrag, der in den kommenden Jahren mehr denn je gefragt sein wird.

So zeigt die jüngste IW-Bevölkerungsprognose, dass die Zahl der erwerbsfähigen Personen wohl von aktuell 55 Millionen auf 50,4 Millionen im Jahr 2045 sinken wird (siehe iwd 9/2026). Ende 2024 betrug der Anteil der Personen im Kernarbeitsalter zwischen 25 und 64 Jahren – jüngere Erwachsene befinden sich häufig noch in Ausbildung – an der Gesamtbevölkerung rund 53 Prozent. Würden in den nächsten Jahren keine Zuwanderer nach Deutschland kommen, könnte der Wert bis zum Ende des Jahres 2034 auf gut 49 Prozent zurückgehen. Dies hätte verheerende Folgen für den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte in Deutschland.

Um die Entwicklung im Land zu stabilisieren, braucht es neben vielen Fachkräften mit beruflichem Abschluss auch mehr hochqualifizierte Akademiker aus dem Ausland. Diese zeichnen sich durch eine hohe Wertschöpfung aus und treiben wichtige Innovationen voran. Im Jahr 2024 stammte rund ein Viertel der 25- bis 64-Jährigen mit einem Hochschulabschluss gebürtig aus dem Ausland. Die Anteile unterscheiden sich je nach Bundesland allerdings teils erheblich (Grafik):

**In Berlin machten Zuwanderer mehr als ein Drittel der Personen dieser Altersgruppe mit Hochschulabschluss aus, in Brandenburg nur gut ein Sechstel.**

Allgemein ist ihr Anteil in den Stadtstaaten sowie in den südlichen Bundesländern deutlich höher, während die hochqualifizierten Zuwanderer besonders in Ostdeutschland vergleichsweise seltener anzutreffen sind.

Unter den Fachkräften mit beruflichem Abschluss ist der Anteil der Zuwanderer etwas kleiner – im Jahr 2024 hatten rund 15 Prozent von ihnen ihre Wurzeln im Ausland. Die Verteilung innerhalb Deutschlands ist aber ähnlich wie die ausländischer Akademiker.

Deutschland insgesamt – vor allem aber die ostdeutschen Bundesländer – sollte deshalb verstärkt darauf hinarbeiten, Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Dafür braucht es unter anderem einen institutionellen Rahmen, der die schnelle Visavergabe an qualifizierte Personen aus Drittstaaten ermöglicht. Damit Interessierte sich für Deutschland entscheiden, sind zudem umfassende und verlässliche Informationen über Ausbildung und Arbeitsleben in Deutschland erforderlich, wie es auf Bundesebene etwa durch das Portal „Make it in Germany“ erfolgt.

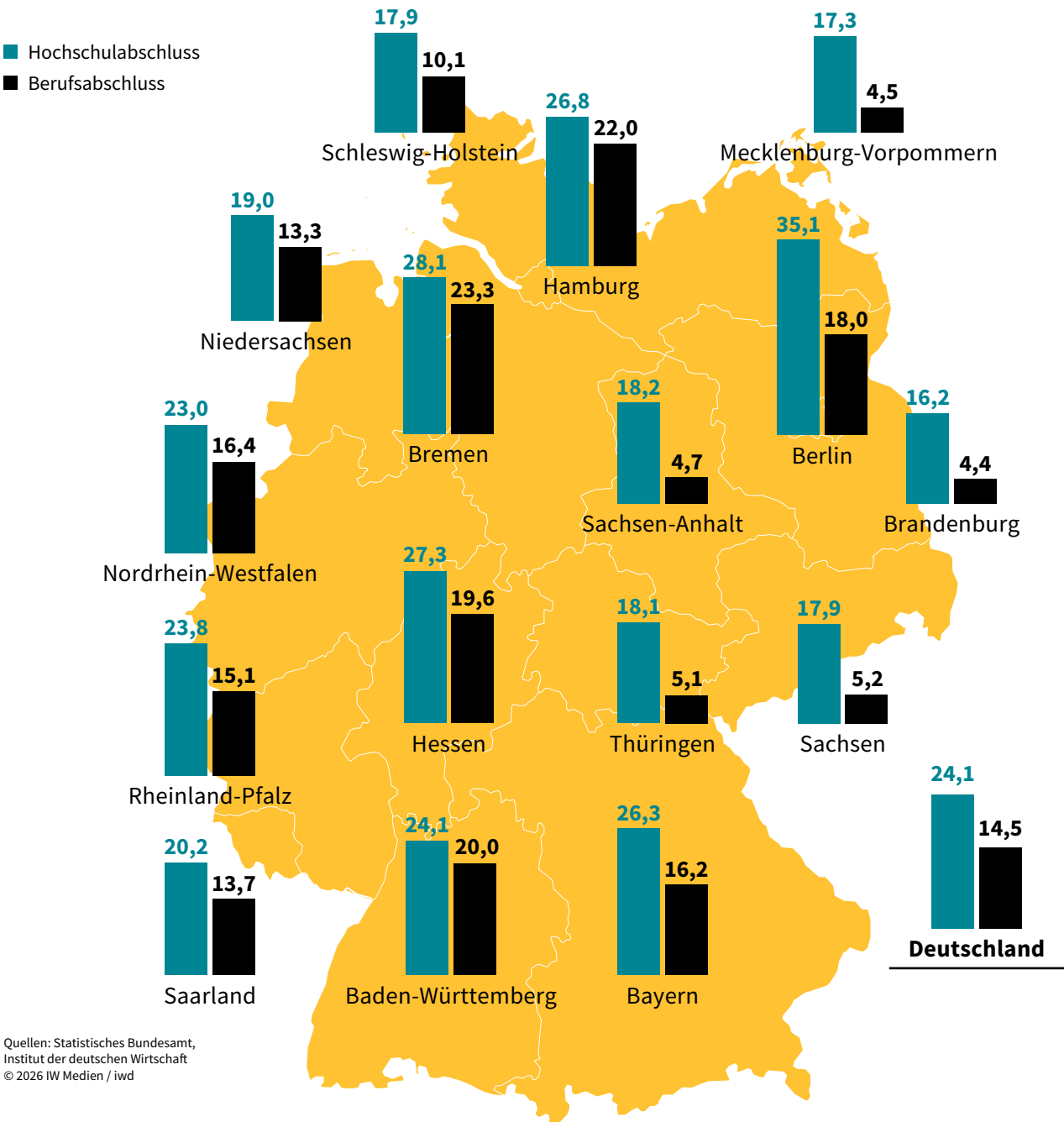
Allerdings ist es keineswegs selbstverständlich, dass sich auswanderungswillige und gut ausgebildete Menschen aus anderen Ländern für Deutschland als Ziel entscheiden. Schließlich werben auch viele andere Industriestaaten um hochqualifizierte Fachkräfte. Zudem nutzt eine stärkere Zuwanderung wenig, wenn die Menschen nach kurzer Zeit das Land wieder verlassen.

**Deshalb sollte die Bundesrepublik darum bemüht sein, mit einem attraktiven Arbeits- und Lebensumfeld zu punkten.**

Neben den erzielbaren Einkommen und den sonstigen Arbeitsbe-

### Zugewanderte Fachkräfte: Anteil im Westen höher

Anteil der Zuwanderer an allen Personen mit diesem Bildungsabschluss im Alter von 25 bis 64 Jahren im Jahr 2024 in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

iwd

dingungen ist dafür auch die Willkommenskultur und Weltoffenheit der Bevölkerung maßgeblich. Deswegen wird es in den kommenden Jahren darum gehen, ein Klima zu

schaffen, in dem sich Zuwanderer und Bundesbürger wohl fühlen – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Politik, Unternehmen und Gesellschaft.

#### IW-Kurzbericht 30/2026

Wido Geis-Thöne: Zugewanderte Fachkräfte leben oft in den Stadtstaaten und im Süden



#### Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



# 25 Prozent

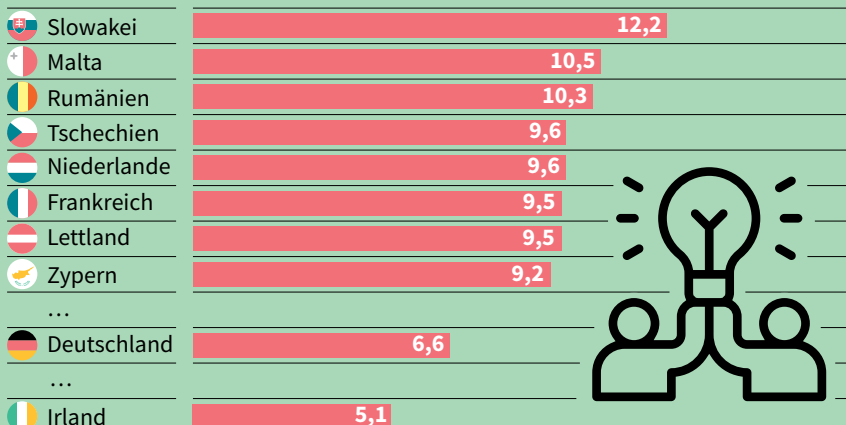
aller Erwerbstätigen in Deutschland arbeiteten im vergangenen Jahr zumindest gelegentlich im Homeoffice. 2024 waren es 24 Prozent, 2023 traf dies auf 23 Prozent zu. Damit hat der Homeoffice-Anteil im vergangenen Jahr wieder das Niveau des Coronajahres 2021 erreicht. Wie etabliert das Arbeiten von zu Hause mittlerweile ist, zeigt ein Blick auf die Zeit vor der Pandemie: Im Jahr 2019 arbeiteten lediglich 13 Prozent der Erwerbstätigen zumindest ab und an remote. Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, hängt neben dem Beruf und der Branche auch noch von weiteren Faktoren ab – einer ist die Unternehmensgröße: In kleinen Betrieben mit bis zu 49 Mitarbeitern konnten 2025 im Schnitt 19 Prozent mobil arbeiten. In Unternehmen, die zwischen 50 und 249 Beschäftigte haben, betrug der Anteil 23 Prozent und in Unternehmen mit noch mehr Mitarbeitern war die Homeoffice-Rate mit 35 Prozent am höchsten. Ein weiterer Faktor ist das Alter der Beschäftigten: In den mittleren Jahren, wenn Arbeitnehmer besonders häufig Betreuungspflichten mit dem Beruf vereinbaren müssen, kann dies zu einer verstärkten Homeofficennutzung führen. So hatten die 35- bis 44-Jährigen 2025 mit einem Anteil von 30 Prozent die höchste Rate, während von den 15- bis 24-Jährigen, die oft noch in der Ausbildung sind, nur jeder Zehnte das Homeoffice nutzte.

## Top-Liste: Abenteuer Selbstständigkeit

In der Europäischen Union gab es 2025 rund zwei Millionen junge Selbstständige im Alter von 20 bis 29 Jahren, dies entspricht knapp 8 Prozent aller Selbstständigen in den Mitgliedsstaaten zwischen 20 und 64 Jahren. In einigen EU-Ländern stehen allerdings deutlich mehr junge Menschen beruflich auf eigenen Beinen: So war der Anteil der 20- bis 29-jährigen Entrepreneure an allen Selbstständigen in der Slowakei mit gut 12 Prozent zuletzt am höchsten, auf Malta waren es rund 10 Prozent; in Irland, Bulgarien und Spanien dagegen waren es nicht mal halb so viele. Auch in Deutschland wagen nur wenige junge Leute das Abenteuer Selbstständigkeit: Lediglich 6,6 Prozent der 20- bis 64-jährigen Selbstständigen in der Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr zwischen 20 und 29 Jahre alt.

### Junge Entrepreneure in der EU

So viel Prozent der 20- bis 64-jährigen Selbstständigen in den EU-Mitgliedsstaaten waren im Jahr 2025 zwischen 20 und 29 Jahre alt



Quelle: Eurostat  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd